

Innsbruck

Agrarier weigern sich zu zahlen

Das Land droht der Agrar Unterlang-kampfen mit Zwangsvollstreckung, sollten die ausbezahlten Darlehen nicht zurückgezahlt werden.

Von Peter Nindler

Innsbruck – 1,36 Millionen Euro haben sich die 34 Anteilsberechtigten der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen ausgezahlt. Der Fall wirbelte viel Staub in der Debatte über die Agrargemeinschaften auf. Für die Agrargemeinschaft wurde ein Sachwalter bestellt, wegen unerlaubter Ausschüttung eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft eingebracht. Doch das nützte bisher offenbar nichts.

Wie Agrarreferent LHStv. Toni Steixner (VP) jetzt in einer schriftlichen Anfragebeantwortung an das Bürgerforum erklärt, wurden sämtliche Agrarmitglieder am 14. April aufgefordert, binnen zwei Wochen die ausbezahlten Beträge von 40.000 Euro je Anteilsrecht zuzüglich Zinsen von 213,89 Euro auf das Konto der Agrargemeinschaft zurückzuzahlen. Diese Frist ist nunmehr ergebnislos verstrichen bzw. haben die Mitglieder durch ihren rechtsfreundlichen Vertreter Bernd A. Oberhofer mitgeteilt, dass der Aufforderung der Rückzahlung aus grundsätzlichen Überlegungen nicht nachgekommen werde.

Das will sich das Land aber nicht gefallen lassen. In der Vorwoche erfolgte ein weiteres Schreiben an die Agrarmitglieder. Ihnen droht die Zwangsvollstreckung. Laut Steixner müssen sie innerhalb von zehn Tagen den vom Sachverwalter geforderten Betrag zurücküberweisen. „Sollten die Mitglieder ihrer Zahlungsverpflichtung nicht fristgerecht nachkommen bzw. keine plausible Erklärung hinsichtlich der Unrechtmäßigkeit der Zahlungsaufforderung bei der Agrarbehörde einlangen, wird diesen die Bezahlung der offenen Forderung mit Bescheid aufgetragen.“ Und falls erforderlich, werde die Summe mit Zwangsvollstreckung eingetrieben.

Kein Verständnis hat LA Fritz Dinkhauser (Bürgerforum): „Es reicht, das ist unerträglich und nur mehr ungeheuerlich.“ Die Mitglieder der Agrargemeinschaft würden die Aufforderung der Behörde ignorieren und weigerten sich, das zu Unrecht erhaltene Darlehen zurückzuzahlen. „Wir reden von 1,36 Millionen Euro, die allen Gemeindebürgern und nicht einer Handvoll Agrarmitgliedern gehören.“ Für den Bürgerforum-Chef hat die Landesregierung versagt und die Behörden müssten mit unzureichenden Mitteln die Suppe auslöffeln. Seine Forderung: „Es braucht eine Änderung des Agrargesetzes mit der von uns geforderten Rückübertragung des Gemeindegutes an die Gemeinden.“